

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Kurt Schöbi, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellenrgd.ch

Zürich, 8. Mai 2023

Dossier Nr 9258, «Tagesschau» vom 21. März 2023 – «CS-Übernahme: FDP und SVP giften sich gegenseitig an»

Sehr geehrter Herr XY

Besten Dank für Ihr Mail vom 8. April 2023, in dem Sie obigen Beitrag wie folgt beanstanden:

<https://www.srf.ch/play/tv/tagesschau/video/cs-uebernahme-svp-und-fdp-giften-sich-gegenseitig-an?urn=urn:srf:video:8537f13d-f171-4b9b-bc9c-b444a77b8c2a>

Sequenz (Zeitangabe von/bis aus dem SRF Player): 4:13

«Bei der Tagesschau Hauptausgabe vom 21.03. sehe ich klare Verstösse gegen das Sachgerechtigkeitsgebot. Gerade eine durch Gebühren finanzierte Newssendung sollte hier Tatsachen und Ereignisse sachgerecht darstellen, so dass sich das Publikum eine eigene Meinung bilden kann;

Das SRF übernimmt zum Vorwurf der FDP-Verfälschung bei der Credit Suisse eine Statistik der Vereinigung "Lobbywatch". Diese Statistik ist sicher nicht geeignet um aufzuzeigen, ob der Vorwurf des FDP-Fälz bei der Credit Suisse einer Analyse standhält. Erstens einmal fällt mir auf, dass die Zahlen heute anders aussehen (je eins weniger, aber evtl fielen Mandate weg). Zweitens hat man hier beispielsweise das Mandat von SR Noser bei der Credit Suisse Asset Management (Bilanzsumme CS 531 Milliarden) gleichgesetzt mit dem Mandat von NR Siebenthal bei der Raiffeisenbank Seeland Genossenschaft welche eine Bilanzsumme von 1.55 Milliarden oder dem Mandat von NR Guggisberg bei der SB Saanenbank AG mit einer Bilanzsumme von 1.76 Milliarden. Diese Statistik ist für den Vorwurf der FDP-Verfälschung bei der CS sicher ein schlechter Indikator. Weiter ist auch interessant, warum man die direkten Bankmandate nimmt und nicht die indirekten. Dies ergibt den Anschein, dass SRF eine Statistik nahm um die SVP so schlecht wie möglich darstellen zu lassen.

Wenn SRF nur ein bisschen recherchiert hätte, beispielsweise in der Geschichte der CS, hätte man schnell festgestellt, dass die FDP durchaus ihren Einfluss hatte. Oder auch die Freunde der FDP wo Millionenbeträge für die FDP organisiert wurden ist eine Nähe zur Credit Suisse nicht abzustreiten. Weiter war noch NR Gutzwiller im Beirat der Credit Suisse. Dazu zum Beispiel:

<https://www.handelszeitung.ch/unternehmen/walter-kielholz-der-strippenzieher-116132>

Es gäbe noch weitere Anhaltspunkte aber ich möchte ihnen nicht die ganze Recherche abnehmen.

Interessant wäre auch zu recherchieren, ob man mit der CS zu handzahn umging, da diese Bank flächendeckend als Sponsor aufgetreten ist. Auch die Werbung bei SRF könnte man einmal zusammenzählen und aufzeigen, ob dies etwa eine positivere Berichterstattung einbrachte.

Weiter verstösst es auch gegen das Transparenzgebots: Ansichten und Kommentare müssen als solche erkennbar sein;

Es ist allgemein bekannt, dass SRF extrem gegen die SVP eingestellt ist und Wahlkampf für die SP macht. Daher sollten solche Beiträge auch klar als Meinungsfenster und nicht als "News" gekennzeichnet werden. Vergleichen sie einmal die Berichterstattung über den SVP Vorwurf mit dem Vorwurf der SP gegen dies SVP (1 Minute vorher im gleichen Beitrag) Es ist offensichtlich, dass hier die Argumente nicht neutral aufgenommen und wiedergegeben wurden. Generell hätte es das SP Generalsekretariat kaum anders gemacht. Generell sollte sich die Ombudsstelle für eine Gleichgewicht dieser Beiträge aussprechen. Dieses ist sicherlich nicht vorhanden. Ich möchte mit meiner SERAFE Gebühr nicht die Wahlpropaganda nur einer Seite bezahlen. Generell sollte man die Wahlpropaganda den Parteien überlassen und ein staatlich finanzierter Medienkoloss sollte hier etwas zurückhaltender sein.»

Die Redaktion hat folgende Stellungnahme verfasst:

Der Beanstander schreibt, er sehe in dem Beitrag «klare Verstösse gegen das Sachgerechtigkeitsgebot». Konkret stört er sich daran, dass SRF angeblich eine Statistik von Lobbywatch herangezogen habe, um den «FDP-Filz» bei der Credit Suisse aufzuzeigen. In dieser Statistik werde ein Mandat bei einer Grossbank gleichgesetzt mit Mandaten bei einer Raiffeisenbank oder einer Regionalbank. Der Beanstander – SVP-Kantonsrat – moniert, es habe den Anschein, dass SRF die verwendete Kategorie der Statistik mit der Absicht ausgewählt habe (er meint damit «direkte» statt «indirekte» Bankmandate), die SVP so schlecht als möglich dastehen zu lassen.

Vorab ist klarzustellen, dass die Statistik von Lobbywatch nicht dazu gedient hat oder dazu dienen sollte, einen «FDP-Filz» bei der Credit Suisse zu belegen. Vielmehr hat sie dazu gedient, die Nähe von FDP- und SVP-Exponenten zu Banken zu illustrieren.

Nachdem im Beitrag erst ausgeführt wird, wie sich FDP und SVP nach dem CS-Ende gegenseitig beschuldigen, lautet der Kommentartext, der zu besagter Lobbywatch-Statistik heranzuführt (ab Time-Code 01:32): «FDP und SVP zeigen mit dem Finger aufeinander.

Allerdings stehen beide Parteien den Banken nahe. Laut Lobbywatch haben 8 FDP-Parlaments-Mitglieder ein Mandat bei Banken oder arbeiten bei diesen. Bei der SVP sind es 13 Mitglieder.» Im Anschluss an die Statistik wird ausgeführt und anhand konkreter Beispiele aufgezeigt, wie Politiker bzw. Politikerinnen beider Parteien – dementsprechend – im Interesse von Banken argumentieren und sich in der Vergangenheit gegen strengere Kapitalvorschriften für Banken gewehrt haben. Das ist ein Aspekt, der im Zusammenhang mit dem Untergang der Credit Suisse durchaus relevant ist.

Weiter unterstellt der Beanstander SRF, die sogenannten direkten, statt der indirekten Mandate der Lobbywatch-Daten verwendet zu haben, um die SVP so schlecht wie möglich dastehen zu lassen. Diese Kritik ist nicht nachvollziehbar; SRF hat diesen redaktionellen Entscheid aus rein sachlichen Gründen getroffen. Bei den «direkten» Bankmandaten handelt es sich in den meisten Fällen um bezahlte Mandate bei Banken, während es sich bei den «indirekten» Mandaten um losere Verbindungen handelt. So ist etwa FDP-Präsident Thierry Burkart bei Lobbywatch mit einem «indirekten» Mandat angegeben, weil er Reto Jaussi einen Bundeshauszugang gewährt hat, der wiederum im Beirat der Pensionskasse Mobil sitzt. Wenn ein Politiker, eine Politikerin ein bezahltes Mandat bei einem Unternehmen hat, so ist die Verbindung klarer, eben direkter. Der Kommentartext definiert denn auch klar und ausdrücklich, worum es bei den in der Grafik gezeigten Mandaten geht: «Laut Lobbywatch haben 8 FDP-Parlaments-Mitglieder **ein Mandat bei Banken oder arbeiten bei diesen**. Bei der SVP sind es 13 Mitglieder.»

Auch der Vorwurf des Beanstanders, wonach Bankmandate bei der CS und bei einer Regionalbank nicht vergleichbar seien, ist im Kontext des Beitrags nicht nachvollziehbar. Natürlich ist ein Mandat bei der CS im Lichte des Endes der CS anders zu bewerten als ein Mandat bei einer Regionalbank. Doch im Zusammenhang mit den aufgeführten Bankmandaten ging es im Beitrag eben nicht mehr um die CS, sondern um Banken allgemein und um die Regulierung von Banken.

Um eine qualitative Unterscheidung im Sinne des Beanstanders vorzunehmen, hätte man alle Bankenmandate der beiden Parteien SVP und FDP bewerten müssen. Wie stark wäre dann etwa ins Gewicht gefallen, dass Thomas Matter (SVP) eine eigene Bank besitzt und Thomas Aeschi (SVP) bei derselben Bank ein Mandat hat? Die Bewertung der einzelnen Mandate wäre sehr schwierig gewesen. Ein solcher Aufwand ist für einen tagesaktuellen Tagesschau-Beitrag nicht zu bewerkstelligen; die Wiedergabe des Ergebnisses einer solchen Analyse würde den Rahmen eines zweiminütigen Beitrags komplett sprengen. Eine qualitative Bewertung der Bankenmandate als solche ist auch deswegen nicht notwendig, weil das Endergebnis im politischen Geschäft dasselbe bleibt: Meistens dann, wenn es um regulatorische Massnahmen bei Banken ging und geht, waren und sind FDP und SVP gleichermaßen dagegen. Das war das Thema des Beitrags, aufgehängt am Ende der CS, die viele Jahre von dieser eher zurückhaltenden Regulierung profitiert hat und nun aber nicht mehr eigenständig existiert.

Auf zahlreiche Pauschalvorwürde des Beanstanders ist hier nicht gross einzugehen. Selbstverständlich ist unzutreffend, «dass SRF extrem gegen die SVP eingestellt ist und Wahlkampf für die SP macht», oder dass «Werbung bei SRF (...) eine positivere Berichterstattung» mit sich bringt. Beides widersprüche elementar dem journalistischen Selbstverständnis bei SRF und dem Gesetz. Der Tagesschau-Beitrag war auch kein Kommentar, sondern ein sachgerechter Beitrag zum Thema «Bankenregulierung» und «Bankenmandate» im Lichte des Untergangs der Credit Suisse.

Fazit

Der Beanstander moniert eine Verletzung des Sachgerechtigkeitsgebots. Dieses verlangt bei redaktionellen Sendungen mit Informationsgehalt, dass sich das Publikum durch die in einer Sendung vermittelten Fakten und Meinungen ein möglichst zuverlässiges Bild über einen Sachverhalt oder ein Thema machen kann und damit in die Lage versetzt wird, sich eine eigene Meinung zu bilden. Fakten müssen objektiv und richtig vermittelt werden, subjektive Ansichten und Meinungen müssen für das Publikum als solche erkennbar und transparent sein. Das Sachgerechtigkeitsverbot ist dann verletzt, wenn ein Beitrag in Missachtung journalistischer Sorgfaltspflichten die Zuschauenden so manipuliert, dass sie sich keine eigene Meinung bilden können. Das ist hier eindeutig nicht geschehen.

Der Beitrag fängt mit der CS an und wechselt dann vom Einzelfall auf eine höhere Ebene: jene der Bankenregulierung. Diese, so ist zu erfahren, haben FDP- und SVP-Vertreter und Vertreterinnen bewusst nicht zu streng ausgestalten wollen. Eine Erklärung dafür sind die direkten Bankmandate von Parlamentariern und Parlamentarierinnen. Dies hat der Beitrag ausgeführt und stringent belegt. SRF beantragt, die Beanstandung in diesem Sinne zu beantworten.

Die Ombudsstelle hält fest:

Die politische Aufarbeitung des CS-Debakels ist wesentlich von Schuldzuweisungen geprägt. Der beanstandete «Tagesschau»-Beitrag gibt dazu sehr treffende Beispiele: Die SP beschuldigt den ehemaligen SVP-Finanzminister Ueli Maurer, die SVP verschickt eine Medienmitteilung des Inhalts, die Credit Suisse-Krise sei eine Folge von Misswirtschaft und FDP-Filz, die FDP nennt ehemalige Bank-Verantwortliche, die SVP-Mitglied waren usw. usf. Diese öffentlich ausgetragenen Schuldzuweisungen ergänzt die «Tagesschau» mit der bekannten Tatsache, dass die bürgerlichen Parteien den Finanzdienstleistungssektor traditionsgemäss verteidigt und sich gegen zusätzliche Regulierungen gewehrt haben. Sie tut dies einerseits durch Voten aus dem Parlament, andererseits durch die Bank-Mandate, die bürgerliche Parlamentarier*innen innehaben.

Dabei ist nicht wesentlich, ob die SVP oder die FDP mehr Mandate haben. Relevant ist, dass sie im Vergleich zu den linken Parteien logischerweise mehr solcher Mandate haben und sich – was wenig erstaunlich ist – gegen zusätzliche Regulierungen zur Wehr setzen. Was nicht nur mit ihren Mandaten zusammenhängt, sondern mit ihren grundsätzlichen politischen Einstellungen.

Die Beanstandung aus der Feder eines SVP-Kantonsrats führt den oben beschriebenen Wahlkampf weiter, indem er den Schwarzen Peter von der SVP an die FDP und selbstverständlich auch an die SP weitergeben will. Indem er einen pauschal vorgebrachten und nicht weiter konkretisierten Vorwurf an die vermeintliche Linkslastigkeit von SRF richtet. Warum hier ein Verstoss gegen die Sachgerechtigkeit gemäss Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes vorliegen soll, ist objektiv betrachtet unverständlich.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz